

■ BÄK: Rauchen ist eine Krankheit

Die Bundesärztekammer fordert, Tabakabhängigkeit als Krankheit anzuerkennen und die Raucherberatung zu stärken. „Eine Bewertung als Lifestyle-Problem, das durch reine Willensanstrengungen oder Gruppengespräche zu beheben wäre, wird dem Problem nicht gerecht“, heißt es in der Stellungnahme der BÄK zu einer Expertenanhörung zu den Nationalen Aktionsprogrammen zur Tabak- und Alkoholprävention Mitte September im Bundesgesundheitsministerium. Mit der Anerkennung der Tabakabhängigkeit als Krankheit müsse der Gemeinsame Bundesausschuss auch die vergütungsrechtlichen Rahmenbedingungen für die Behandlung schaffen. Dies lehnt der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen ab. Zwar gehörten Beratungsgespräche rund ums Rauchen zu den Kernaufgaben eines Arztes. Sie würden jedoch mit bestehenden Pauschalen vergütet. Außerdem engagierten sich die Kassen bereits, indem sie Gesundheits-Checks und Programme zur Behandlung von Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Diabetes finanzierten. Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung Sabine Bätzing (SPD) möchte die „Möglichkeiten prüfen, die Behandlung von Tabakabhängigen noch besser zu finanzieren“.

lin/BÄK

■ Fonds folgen Kassenpleiten

Der Erfinder des Gesundheitsfonds, der Dortmunder Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr. Wolfram F. Richter, rechnet für 2009 mit den ersten Pleiten von gesetzlichen Krankenkassen. „Schon im Laufe des nächsten Jahres werden wir über erste Insolvenzen sprechen“, sagte Richter der „Berliner Zeitung“ Mitte September. Dies seien Kassen, die sich nicht auf den schärferen Wettbewerb durch den Gesundheitsfonds eingestellt hätten. Zudem werde es eine Reihe von Fusionen zwischen Krankenkassen geben. Durch Zusammenschlüsse und Insolvenzen werde die Zahl der heute rund 215 gesetzlichen Krankenkassen „drastisch zurückgehen“, prophezeit der Experte. „Die Zeiten, in denen man eben mal eine Betriebskrankenkasse gegründet hat, um unter den Versicherten Rosinenpickerei zu betreiben, sind endgültig vorbei.“ Für eine erfolgreiche Handhabung des Gesundheitsfonds brauche man erfahrenes Personal. Prof. Richter: „Das können kleine Kassen gar nicht leisten.“

lin/ZÄND

■ KBV: Keine Kapitalgesellschaften in Klinik-MVZ

Gewinnorientierte Kapitalgesellschaften sollen keine Träger von Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) sein dürfen. Eine entsprechende Änderung des Sozialgesetzbuchs V fordert die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) in einer Stellungnahme zum GKV-Organisationsweiterentwicklungsgesetz. In MVZ-Trägerschaften sollen Ärzte nach den Vorstellungen der KBV mehrheitlich beteiligt sein und mehrheitliches Stimmrecht haben. Damit möchte die KBV sicherstellen, dass die fachlich-medizinische Unabhängigkeit der Ärzte gewährleistet bleibt und das ärztliche Berufsrecht uneingeschränkt auch auf MVZ angewendet werden kann. Zugleich soll damit „einem Trend zur Kapitalisierung der Versorgungseinrichtungen und einer Gewinnorientierung entgegengewirkt werden“, heißt es in der Stellungnahme.

lin/ZM Online

■ Krankenkassenbeiträge bald steuerlich absetzbar?

Krankenkassenbeiträge sollen ab 2010 steuerlich absetzbar sein. Das berichten verschiedene Medien. Hintergrund ist die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, das im März 2008 gefordert hat, dass Krankenkassenbeiträge steuerlich absetzbar sein müssen. Je nach Einkommen und Krankenkasse – privat oder gesetzlich – soll die Entlastung für die Steuerzahler laut „Spiegel Online“ zwischen 200 und über 1000 Euro liegen. Am meisten dürften privat versicherte Gutverdiener mit Kindern profitieren. Den Anteil des Bundes an dieser Entlastung – etwas über 3,5 Milliarden Euro – möchte die Große Koalition, so „Spiegel Online“, durch den Verkauf von Kohlendioxid-Zertifikaten finanzieren. Die Einnahmen sollen in den Haushalt fließen.

lin/Spiegel Online

■ Apollonia-Stiftung ehrt Professor Wagner

Der Mainzer Professor Dr. Dr. Wilfried Wagner erhielt Ende September den Preis der „Apollonia zu Münster-Stiftung der Zahnärzte in Westfalen-Lippe“. Der Direktor der Mainzer Klinik für Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie wurde für sein Engagement bei der Neubeschreibung einer präventionsorientierten Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde geehrt. Er habe maßgeblichen Anteil daran, dass die Prävention in der zahnmedizinischen Versorgung fest verankert ist, so die Stiftung.

lin/Zahnärztekammer Westfalen-Lippe

■ GKV: Ausgaben überholten Einnahmen

Im ersten Halbjahr 2008 sind die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) um 5,7 Prozent auf 79,24 Milliarden Euro gestiegen und waren damit um 940 Millionen Euro höher als die Einnahmen. Diese sind nur um zwei Prozent gestiegen. Trotz des Minus der GKV erwartet das Bundesgesundheitsministerium, dass das Defizit im Gesamtjahr aufgrund von Mehreinnahmen durch das Weihnachtsgeld ausgeglichen werden kann. Die Ausgaben für zahnärztliche Behandlungen und Zahnersatz waren lediglich um 1,0 beziehungsweise 2,2 Prozent höher als im ersten Halbjahr 2007. Die Steigerungsrate lag damit in diesen Bereichen deutlich unter dem Durchschnitt.

■ Umfrage I: Wechselwelle durch Zusatzbeitrag

Mit der geplanten Einführung des Gesundheitsfonds zu Beginn des kommenden Jahres könnte es zu erheblichen Mitgliederbewegungen in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) kommen – wobei Qualitätsunterschiede zwischen den einzelnen Krankenkassen eine weniger große Rolle spielen als die Höhe des Zusatzbeitrags, den eine Krankenkasse erheben muss, falls sie mit dem aus dem Fonds zugewiesenen Geld nicht zurechtkommt. Das ergab eine vom Marktforschungsinstitut „psychonomics“ durchgeführte Befragung unter 1000 GKV-Mitgliedern. Ein Beispiel aus der Studie: Sollte eine Krankenkasse einen Zusatzbeitrag in Höhe von acht Euro verlangen, nimmt die Wechselbereitschaft um das Dreifache zu. Zudem bewerteten die Befragten den Gesundheitsfonds negativ: Zwei Drittel der Befragten gehen davon aus, dass der einheitliche Beitragssatz deutlich über dem jetzigen Niveau liegen wird.

■ Umfrage II: Kein Interesse am Basistarif

Nur sehr wenige Privatversicherte interessieren sich für einen Wechsel in den Basistarif in der privaten Krankenversicherung. Das ergab eine Studie



der Krankenversicherung Continentale. Demnach finden 56 Prozent der Befragten den neuen Tarif nicht interessant. Der Grund für die schlechte Beurteilung liegt offensichtlich in den gegenüber der Vollversicherung schlechteren Leistungen. Rund 22 Prozent erkennen schon heute „keine ausreichende Versorgung“, mehr als die Hälfte erwartet dies für die Zukunft.

■ Fusion: Kassenriese soll entstehen

Durch den Zusammenschluss der Techniker Krankenkasse (TK) mit der IKK direkt könnte zu Beginn des kommenden Jahres die größte gesetzliche Krankenkasse in Deutschland entstehen – falls die Verwaltungsräte und das Bundesversicherungsamt grünes Licht geben. Rund 7,1 Millionen Menschen wären bei dem neuen Kassenriesen, der den Namen TK behalten soll, versichert. Damit würde die Barmer Ersatzkasse mit rund 6,8 Millionen Versicherten den Titel der größten deutschen gesetzlichen Krankenkasse verlieren. „Die Chancen liegen in der Größe“, begründete der TK-Vorstandsvorsitzende Norbert Klusen den Zusammenschluss gegenüber der „Financial Times Deutschland“. Kleine Kassen würden in Zukunft auf Schwierigkeiten stoßen, erklärte eine TK-Sprecherin gegenüber der Zeitung, da ihre Marktposition möglicherweise nicht stark genug sei, um in Verhandlungen mit Ärzten, Pharmaunternehmen und Krankenhäusern optimale Vertragsbedingungen zu erreichen.